

Neue Eliten, altes Spiel

Der anatolische Mittelstand macht den Kemalisten das Machtmonopol streitig

Michael Thumann | **Im Machtkampf zwischen anatolischen Aufsteigern und kemalistischem Establishment geht es nicht um Religion, sondern um die Kontrolle der republikanischen Institutionen. Doch anstatt ihre Reformversprechen einzulösen und das Demokratiedefizit zu beseitigen, findet die AKP-Regierung allmählich Gefallen am türkischen Zentralismus.**¹

Kayseri, der Geburtsort des türkischen Präsidenten Abdullah Gül, ist eine der ältesten Städte der Türkei. Von den Jahrhunderten geschwärzt stehen im Zentrum die berühmte Sahabiye-Medrese und eine massive Seldschuken-Festung. Doch davon abgesehen ist Kayseri brandneu, die Spuren der Vergangenheit sind weitgehend beseitigt. Nirgends zeigen sich die tiefgreifenden Umwälzungen der vergangenen 30 Jahre in Zentralanatolien deutlicher als hier. Bagger tragen alte Siedlungen ab. Der neue Busbahnhof ist ein verwegenes Experiment aus Glas, Plastik und Beton. Dahinter beginnt ein riesiges Industriegebiet – 2004 wurden dort an nur einem einzigen Tag 139 Fabriken errichtet.

In den sechziger und siebziger Jahren gedieh in Zentralanatolien unter dem Schutzschirm nationaler Importzölle die türkische Textilindustrie. Der endgültige Durchbruch kam spä-

ter, während der Amtszeit von Premierminister Turgut Özal, einem ehemaligen Weltbank-Mann und gläubigen Muslim. Nachdem Özal die türkische Wirtschaft für den Weltmarkt geöffnet hatte, florierte in den späten achtziger und in den neunziger Jahren die anatolische Mittelschicht. Die Zollunion mit der Europäischen Union begünstigte diesen Boom.

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung begann der gesellschaftliche Aufstieg des anatolischen Mittelstands. Er legte den Grundstein für den heutigen Machtkampf zwischen der regierenden Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP) und dem kemalistisch-säkularen Establishment. Oft heißt es, der Machtkampf tobe zwischen Islamisten und Laizisten. Doch tatsächlich geht es nicht um Religion. Es geht um politische Macht, um die Köpfe und Herzen der Bevölkerung und um wirtschaftliche Ressourcen, kurz: um

¹ Der Autor verfasste diesen Artikel als Bosch Fellow an der Transatlantic Academy in Washington.

die politische Vorherrschaft in der Türkei im 21. Jahrhundert. Neue Eliten haben sich von der Peripherie bis ins politische Zentrum der Republik hochgearbeitet. Dort konkurrieren sie mit den klassischen kemalistischen Eliten, die den türkischen Staat im 20. Jahrhundert gründeten und aufbauten.

Es wird mit harten Bandagen gekämpft: In regierungsnahen Kreisen verweist man auf zahlreiche Putsche und Putschdrohungen in den vergangenen Jahrzehnten. Der letzte, eher halbherzige Umsturzversuch des Militärs liegt erst zweieinhalb Jahre zurück. Vor Kurzem wurden im Zuge eines großangelegten Ermittlungsverfahrens Hunderte von Verdächtigen wegen Verschwörung gegen die Regierung festgenommen, darunter hochrangige ehemalige Offiziere und Polizeibeamte, Journalisten und Anwälte. Im gegnerischen, regierungskritischen Lager unterstellen linke und nationalistische Politiker der Regierung, sie plane einen „zivilen Putsch“ und die Abschaffung des türkischen Laizismus. Seit acht Jahren regiert Recep Tayyip Erdoğan die Türkei mit absoluter parlamentarischer Mehrheit. Woher rührt sein politischer Erfolg? Wer sind jene anatolischen Unternehmer, die den klassischen Eliten ihr Machtmonopol streitig machen?

Aufstieg der „anatolischen Tiger“

Saffet Arslan ist ein typischer Vertreter der anatolischen Unternehmerschicht. Schon mit 14 Jahren arbeitete der Sohn eines einfachen Teppichmachers aus Kayseri als Schreiner. Bald darauf besaß er eine eigene Schreinerei, eröffnete Zweigstellen und gründete schließlich 1991 die Ipek-Werkstätten. Ipek befriedigte mit großem

Erfolg die Nachfrage der türkischen Bevölkerung nach Klappbetten. Seit der Gründung expandiert und exportiert das Unternehmen mit großen Zuwachsraten. Doch Arslan will auch zurückzahlen. Er fördert eine Schule, ein Sportzentrum und finanziert Stipendien für Studenten der Erciyes-Universität in Kayseri. Das Motto des 53-Jährigen lautet: „Arbeite hart, nutze niemanden

aus und hilf den Für viele anatolische
Bedürftigen.“ Für Unternehmer sind
Arslan sind Kapitalismus und Glaube
Kapitalismus und Glaube
kein Widerspruch
kein Wider-
spruch. Er war auf Pilgerfahrt, doch

Er war auf Pilgerfahrt, doch für seine Gebete nimmt er sich nur an Freitagen Zeit. Seinen Arbeitern erlaubt er, während der Mittagspause in der Fabrik zu beten. Freitags fahren alle gemeinsam in die nur fünf Minuten entfernte Moschee mit hochmoderner Fußbodenheizung.

Kayseris Wirtschaftswunder gründet auf dem Fleiß seiner Bewohner und der Mischung aus Industrie, Hightech und moralischem Anspruch. Zusammen mit Unternehmen in Istanbul und anderen türkischen Großstädten schufen diese gläubigen Geschäftsmänner eine wettbewerbsintensive Industrie, die maßgeblich zur Exportbilanz der Türkei beiträgt. Während der Weltwirtschaftskrise 2009 haben diese kleinen und mittleren Unternehmen erstaunlich wenig gelitten. Einer Untersuchung zufolge verzeichneten zentral- und südanatolische Unternehmen zwar Verluste in der EU. Doch dieses Minus konnten sie durch Exporte nach Ostasien und in den Nahen Osten teilweise ausgleichen. Viele anatolische Unternehmer unterstützen die AKP, einige sind Partei-

mitglieder. Ihr Blick auf Staat und Gesellschaft ist geschäftsorientiert und pragmatisch. Doch Marktwirtschaft, bürgerliche Freiheiten und Unabhängigkeit reichen ihnen nicht mehr. Seit den neunziger Jahren geht es nicht mehr nur um Wohlstand, son-

Seit den neunziger Jahren geht es nicht mehr nur um Wohlstand, sondern auch um politischen Einfluss

dem auch um politischen Einfluss. Doch wie gelangt man an die Spitze des Staates, ins politische Zentrum? Traditionell lautete die Antwort der anatolischen Mittelschicht: „mit Geld“; die modernere Variante lautet: „mit Geist und Sendung“, also mit Universitäten und den Medien.

Geist und Sendung

Vor zehn Jahren gründeten anatolische Unternehmer in einem Außenbezirk von Istanbul die Fatih-Universität. Inzwischen sind ihre Kinder in der Metropole angekommen. Anders als ihre Kommilitonen an den staatlichen Hochschulen stammen die meisten Studenten nicht aus der urbanen Oberschicht, sondern aus den östlichen Provinzen, aus konservativen Familien, die erwarten, dass es an der Universität keinen Alkohol und keine Seminare während der Freitagsgebete gibt. Fast alle Geldgeber der Fatih-Universität stehen Fetullah Gülen nahe, einem einflussreichen moderat-konservativen islamischen Prediger. Ihre Absolventen gehen in die Industrie, rund ein Drittel kehrt in das elterliche Unternehmen zurück. Einige treten erfolgreich den Marsch durch die Institutionen an, viele gehen in die Medien.

Jahrzehntelang lag das Meinungsbildungsmonopol in den Händen von

Großunternehmern mit engen Verbindungen zum kemalistischen Establishment und zur Regierung. Doch vor rund zehn Jahren änderte sich das. Mit ihrer Auflage von 750 000 erreicht die einflussreiche konservative Tageszeitung *Zaman* weite Bevölkerungsteile. Zum *Zaman*-Imperium gehören neben der Tageszeitung eine Nachrichtenagentur, ein Magazin und eine professionell produzierte englischsprachige Ausgabe. Die Herausgeber sind anatolische Unternehmer, auch sie stammen aus dem Umfeld der Gülen-Bewegung. „Glaube, Werte und ein säkularer Staat gehören zusammen“, sagt Chefredakteur Ekrem Dumanli. *Zaman* plädiert für den EU-Beitritt und weitet seine Geschäfte dorthin aus. In Frankfurt am Main werden täglich 50 000 Exemplare der deutschen Ausgabe aufgelegt. Die englischsprachige Ausgabe wird an ausländische Diplomaten, Wissenschaftler und Journalisten ausgeliefert, die englische Website vor allem in den USA und im muslimischen Malaysia gelesen. Zwar sind die englischsprachigen Publikationen von *Zaman* ein Verlustgeschäft, doch sie entsprechen einer strategischen Vision: Wann immer die Türkei internationale Schlagzeilen produziert, trägt die Zeitung *Zaman* ihre spezifische Version des Geschehens in die ganze Welt.

Auch andere Medien sind in den Fokus strategischer Expansion gerückt. Um das Medienkonglomerat um den TV-Sender ATV und die Tageszeitung *Sabah* wurde jüngst eine Aufsehen erregende Übernahmeschlacht ausgefochten. Für 1,1 Milliarden Dollar kaufte schließlich Çalık Holding ATV Sabah. Çalık Holding mischt in der Textil- und Energiepro-

duktion, im Bau- und Finanzwesen, in der Telekommunikation und in der Medienlandschaft mit. Darin ähnelt der Konzern der Doğan Media Group, die vor kurzem unter Beschuss geriet, als die türkische Steuerfahndung ein millionenschweres Ermittlungsverfahren anstrebte. Im Gegensatz zu Doğan unterhält Çalık Holding beste Beziehungen zur Regierung, was dem Konzern in den vergangenen Jahren zahlreiche staatliche Großaufträge bescherte.

Muslimische Konsumkultur

Doch nicht nur die Medienlandschaft, sondern der ganze öffentliche Raum hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verändert. Vor allem in Istanbul zeigen die ehemals marginalisierten anatolischen Eliten selbstbewusst Präsenz. Das laizistische Establishment beklagt sich über die wachsende Zahl von Kopftuchträgerinnen in den Straßen. In Wirklichkeit zeigen Erhebungen, dass ihre Zahl zwischen 1999 und 2006 abgenommen hat. Dass die Kopftuchträgerinnen den Laizisten ein Dorn im Auge sind, liegt weniger an ihrer Zahl, sondern vielmehr daran, dass sie zunehmend ihren Platz in der Öffentlichkeit einfordern. Sie gehen aus, sitzen in Cafés und kaufen in Einkaufszentren ein, die ein immer breiter werdendes Sortiment an seidenen Kopftüchern und langen Kleidern führen. An der Mittelmeerküste bieten Hotelressorts gläubigen Touristen alle erdenklichen weltlichen Genüsse, mit Ausnahme von Alkohol. In den vergangenen Jahren entstand eine regelrechte muslimische Konsumkultur.

Angesichts dieser Umbrüche fürchten die klassischen Eliten um

ihre privilegierte Stellung. Aus ihrer Sicht gibt es zu dem vor 80 Jahren von Mustafa Kemal Atatürk eingeschlagenen Kurs keine Alternative. Eine von der kemalistischen Tageszeitung *Cumhuriyet* und linken Laizisten oft propagierte These lautet, dass sich dunkle Mächte in den USA und Europa mit der AKP-Regierung verbündet hätten, um die Türkei in einen zweiten Iran zu verwandeln. Die Angst der alten Eliten vor einem „zivilen Coup“ und vor der Abschaffung der säkularen Demokratie sitzt tief. Sie waren in Schulen, Behörden, Armee und Justiz fest verankert. Sie waren es gewöhnt, das Straßenbild zu bestimmen, sie dominierten Cafés, Theater und Medien. Selbstwahrnehmung und Selbstbewusstsein dieser Gesellschaftsschicht gründen auf ihrer erstklassigen Ausbildung, ihren einflussreichen Posten und einem westlichen Lebensstil.

Heute hat diese Eliten ein allumfassendes Gefühl des Verlusts und des Niedergangs erfasst. Vor allem zwei Entwicklungen liefern ihren Interessen diametral entgegen: die in den fünfziger Jahren

einsetzende Landflucht und das wirtschaftliche Liberalisierungsprojekt der achtziger

Jahre. Vor allem die Massenmigration veränderte das Erscheinungsbild der türkischen Großstädte radikal. Durch den Zuzug der vermeintlich ungebildeten und unzivilisierten Landbewohner fühlen sich die klassischen Eliten in ihrem westlich-urbanen Lebensstil bedroht. Die Zugezogenen kennen meist den urbanen Verhaltenskodex der westlich-laizistischen Eliten nicht

Heute hat die alten Eliten ein allumfassendes Gefühl des Verlusts und des Niedergangs erfasst

– ihr konservativ-religiöser Lebensstil steht oft im direkten Widerspruch zu diesem Kodex.

Angst vor dem Abstieg

In den Augen von Kemalisten ähneln die AKP und ihre Wählerschaft in vielerlei Hinsicht den kurdischen Migranten aus Ostanatolien. Beide beteiligen sich nicht an dem klassischen Modernisierungsprojekt, das Atatürk begonnen hat, weswegen sie als rückständig gelten. Allerdings ist für die alten Eliten die AKP eine weitaus größere Bedrohung als die Kurden. Denn die gläubigen Muslime bringen ihre Kreise in Behörden, sie fordern

Die gläubigen Muslime vereinnahmen jene Konzepte, auf die das säkulare Lager das Monopol beanspruchte

eine Aufhebung des Kopftuchverbots an Universitäten und beanspruchten jene öffentlichen Räume, die zuvor die säkularen Eliten und Mittelschicht für sich reserviert hatten. Sie vereinnahmten sogar ebene Konzepte – Demokratie, Modernität, Westanbindung –, auf die zuvor das säkulare Lager das Monopol beanspruchte.

Es ist kein Zufall, dass es Recep Tayyip Erdoğan war, der 2005 die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union eröffnete. Die Religiösen, klagen die klassischen Eliten, seien in Verwaltungsbehörden und in der Wirtschaft auf dem Vormarsch, regierungsnahe Unternehmen hätten deutlich bessere Erfolgchancen. Es geht, das zeigen diese Befürchtungen deutlich, nicht um Religion. Es ist vielmehr der rasante Aufstieg der anatolischen Unternehmerschicht, der den klassischen Eliten schlaflose Nächte bereitet.

Zudem scheint der erklärte Gegner perfekt organisiert, während das laizistische Lager zutiefst gespalten ist. Der größte Unternehmerverband der Türkei, TÜSIAD, ist unschlüssig, ob er die Regierung wegen ihrer Unterstützung der religiösen Unternehmer ablehnen oder ihr wegen ihrer liberalen Wirtschaftspolitik applaudieren soll. Bisher sind die Laizisten nicht in der Lage, sich zu einer breiten Opposition zusammenzuschließen, sondern sind gespalten: in die nationalistischen Isolationisten der CHP und die aufgeschlossenen Globalisierungsbefürworter des TÜSIAD. Zwar ist die Cumhuriyet Halk Partisi (CHP), die sozialdemokratische Partei der Türkei, stärkste Oppositionspartei. Doch um die Belange der unteren sozialen Schichten kümmert sie sich kaum. Sie ist stattdessen zu einem Sammelbecken für nationalistische und antiwestliche Positionen geworden. Während manche im laizistischen Lager die Türkei nach Europa bringen wollen, verabscheuen andere die Europäische Union wegen ihrer Minderheitenpolitik und stillschweigenden Unterstützung der AKP-Regierung. So lehnen viele Laizisten westliche Standards und die im Rahmen des Beitrittsprozesses geforderten Gesetzesreformen ab, obwohl sie gleichzeitig reklamieren, die Fackelträger der türkischen Westbindung zu sein.

Der lange Marsch ins Zentrum

Nach gängigen Maßstäben und vor dem Hintergrund der Geschichte der islamistischen Bewegungen seit Gründung der Muslimbruderschaft 1928 ist die AKP keine islamistische Partei. Sie ist ein Sammelbecken für konservativ-religiöse Kräfte, Nationalisten, liberale

Bild nur in Printausgabe verfügbar

© NetPhotos / Laif

Reformer und gläubige Unternehmer. Um diese verschiedenen Fraktionen unter einem Dach zu vereinen, fährt die AKP-Führung einen pragmatischen Kurs; negativ ausgedrückt kann man auch von einem Zickzack-Kurs sprechen – was ein Grund dafür ist, dass viele Reformvorhaben schleppend und unvollständig umgesetzt werden. In den Kommunalwahlen vom März 2009 zeigte sich, dass die AKP vor allem die Partei der anatolischen Mittelschicht ist. Ihre größten Erfolge feierte sie in Zentralanatolien; in den mediterranen Regionen im Südwesten und kurdischen Provinzen im Osten dagegen unterlag sie, weil es ihr nicht gelang, die unteren Wählerschichten zu mobilisieren.

Konkurrenz kommt auch von anderer Seite. Die aufstrebende islamistische Glückseligkeitspartei (Saadet Partisi/SP) konnte bei den Kommunalwahlen immerhin rund fünf Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen. Ihr charismatischer Parteivor-

sitzender Numan Kurtulmus und seine potenzielle Wählerschaft von bis zu acht Prozent – das entspricht ungefähr der Zahl der Türken, die sich für die Einführung der Scharia aussprechen – bereiten der AKP-Führung Kopfzerbrechen.

Erdoğan's bisherige Amtszeit lässt sich in zwei Phasen unterteilen. In der Reformperiode zwischen 2003 und 2005 setzte die Regierung mehrere Reformpakete durch: Sie reformierte das Strafrecht und das Bürgerliche Gesetzbuch und drängte vor allem den Einfluss des Militärs auf die Politik schrittweise zurück. Die zweite Phase war geprägt von einem erbitterten Machtkampf, der 2007 in der Auseinandersetzung um die Wahl zum Staatspräsidenten und der kaum verhohlenen Putschdrohung des Militärs seinen ersten Höhepunkt fand. Im Folgejahr strengte das laizistisch dominierte Verfassungsgericht ein Parteiverbotsverfahren gegen die AKP an. Auch das Ermittlungsverfahren

„In den vergangenen Jahren entstand eine regelrechte muslimische Konsumkultur“: Mutter und Sohn bummeln durch das Kanyon Shopping Centre im Finanzdistrikt Levent, Istanbul

gegen das ultranationalistische Erge-
nekon-Netzwerk, zu dem auch hoch-
rangige ehemalige Militärs gehören,
ist eine weitere Arena für den Macht-
kampf der Eliten.

Es entbehrt nicht einer gewissen
Ironie, dass Erdoğan im Laufe seiner
Amtszeit immer mehr Positionen des
türkischen Zentralstaats übernommen
hat. Er steht zunehmend für den Sta-
tus quo. Deutlich wird das beim Um-
gang mit der PKK, in Erdoğan's Kon-
flikten mit freien Medien, aber auch in

Ankara bestimmt noch im
letzten abgelegenen Berg-
dorf den Dorfschullehrer
und die Haselnusspreise

seiner Politik ge-
genüber der grie-
chischen Minder-
heit und im Ägäis-
Konflikt. Mit sei-
ner emotionalen
und apodiktischen Rhetorik erweckt
er oft den Eindruck eines starken
Mannes, der keinerlei Kritik verträgt.
Er trifft sich regelmäßig mit dem Ge-
neralstabschef des Militärs und vertei-
digte ihn sogar mehrmals gegen heftige
Attacken des CHP-Vorsitzenden Deniz
Baykal. Keine Frage: Recep Tayyip
Erdoğan, der Mann aus der anatoli-
schen Peripherie, ist im Machtzentrum
der Republik angekommen.

Von den Höhen des Premierminis-
teramts in Ankara nimmt sich die
Türkei trotz ihrer hohen Gebirge sehr
flach aus. Die Behörden des extrem
zentralistischen Staatsapparats in An-
kara bestimmen noch im letzten abge-
legenen Bergdorf den Dorfschullehrer
oder legen die Preise für Haselnüsse
fest. Erdoğan und seine Mitstreiter
haben lange für eine Abkehr vom Zen-
tralismus gekämpft, doch nun, da sie
selbst an der Regierung sind, haben sie
offenbar Geschmack daran gefunden.
Als Präsident verfügt Abdullah Gül
über weitreichende Hebel; er ernannte

den Präsidenten des YÖK, der mächtigen
Universitäts-Aufsichtsbehörde, die
ein wichtiges Werkzeug für die Ausbil-
dung der türkischen Verwaltungs- und
Wirtschaftskader ist. Noch weitrei-
chender wird Güls Personalentschei-
dung 2010 sein: drei neue Verfassungs-
richter stehen zur Ernennung an.

Schlag gegen das System

Nach dem kemalistischen Ideal hul-
digt die türkische Verfassung einer
merkwürdigen Gewaltentrennung:
Während die Regierung vom Volk
gewählt wurde, sollten das Präsiden-
tenamt, das sakrosankte Militär, das
Verfassungsgericht und andere zen-
trale republikanische Institutionen in
den Händen der kemalistischen Eli-
ten bleiben. Staatsbürokratie, Militär
und Justiz sollten, so die Vorstellung
des laizistischen Establishments,
wenn nötig als Opposition zur Regie-
rung fungieren. Als Gül 2007 für das
Präsidentenamt kandidierte, geriet
dieses Arrangement vollkommen
durcheinander. Die Ernennung des
Kandidaten der Mehrheitspartei, in
westlichen Demokratien ein völlig
normaler Vorgang, war für das kema-
listische Establishment ein Schlag
gegen das türkische System. Die tür-
kische Verfassung entstand in den
frühen achtziger Jahren unter der
Ägide des Militärs, und viele Verfas-
sungsänderungen erfolgten in dem-
selben Geiste. Erdoğan hat oft von
der Notwendigkeit einer Verfassungs-
reform gesprochen, doch erreicht hat
er in dieser Richtung wenig. In vie-
len Paragraphen und Institutionen ist
nach wie vor die Saat des Autoritaris-
mus angelegt.

Deutlicher noch wird das Demo-
kratiedefizit in der Provinz. Zwar

verabschiedete die AKP 2004 ein Gesetz, nach dem die türkischen Provinzen zumindest auf dem Papier mehr Befugnisse erhalten. Doch die Städte und Bezirke haben keine ausreichenden Einkommensquellen, um diesen Rechten und Pflichten gerecht zu werden. Weder die kurdischen Provinzen im Osten noch die reicheren Westprovinzen, einschließlich der laizistischen Festung Izmir, in der die CHP traditionell eine Mehrheit hat, haben in Ankara einflussreiche Interessensvertretungen. Zwischen Staatspitze und Peripherie gibt es keinerlei wirkliche Gewaltenteilung. Die Provinzen werden nicht an gesamttürkischen Entscheidungsprozessen beteiligt, und es gibt keine Institution, die eine solche Beteiligung ermöglicht. Dass die Kommunen und Städte von der politischen Partizipation de facto ausgeschlossen sind, ist das größte Hindernis auf dem Weg zu einer echten Demokratie.

Das laizistisch-kemalistische Establishment behauptet oft, die AKP betreibe unter dem Deckmantel der Demokratisierung in Wahrheit die Islamisierung der Republik. Dafür gibt es jedoch keine Beweise. Vielmehr sind der Aufstieg der anatolischen Mittelschicht und die Entstehung einer gläubigen politischen Elite das Ergebnis einer gesellschaftlichen Umwälzung, die schwerwiegende Mängel im türkischen politischen System bloßlegt. Es spricht einiges dafür, dass die AKP sich schrittweise an die zentralistischen Strukturen des türkischen Staates anpasst. Ihr Selbstbewusstsein rührt auch aus der Stärke der Institutionen, welche die Kemalisten einst zur Zementierung ihrer Macht geschaffen haben. Diese 1980 nach dem

Putsch geschaffenen Institutionen versagen vor den gesellschaftlichen Veränderungen und dem Ringen neuer und alter Interessengruppen um die politische Macht.

Innerhalb von vier Jahrzehnten erlebte die Türkei vier Putsch der Armee, mit denen die kemalistische Ordnung wieder hergestellt werden sollte. Doch die Zustimmung in der Bevölkerung zu solchen Militärinterventionen hat sich drastisch verringert. Alles deutet darauf hin, dass der Machtkampf der kemalistischen Eliten gegen die Regierung zu permanentem Reformstau und anschließender Destabilisierung der Türkei führen wird. Die panische Angst der klassischen Eliten um ihre Privilegien und die Geschwindigkeit, mit der die neuen Eliten die schlechten alten republikanischen Spielregeln lernen, verheißen für die türkische Demokratie nichts Gutes. Die Türkei braucht eine tiefgreifende Verfassungsreform, die auf Dezentralisierung und Demokratisierung zugleich abzielt. Eine Neuverteilung der Macht, vor allem zwischen Zentrum und Peripherie, ist längst überfällig. Sowohl die AKP und das türkische Parlament als auch die EU sollten diese Reformen vernehmlich und nachdrücklich einfordern.



MICHAEL THUMANN leitet das Mittelost-Büro der ZEIT in Istanbul.